

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1931

10.8.1931 (No. 220)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Industrie- und Handelszeitung

Begr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Begr. 1756

SPORTBLATT

Verlag für den politischen und literarischen Leserkreis in Baden und Ostbaden. Druck und Verlag: Konrad Weiser, Karlsruhe, Kaiserstr. 10. Preis: 1.50 M. (Einschl. Post). Abonnement: 15 M. (Einschl. Post). Einzelhefte: 1.50 M. (Einschl. Post). Druck: 1.50 M. (Einschl. Post). Abonnement: 15 M. (Einschl. Post). Einzelhefte: 1.50 M. (Einschl. Post).

Der Volksentscheid gescheitert.

In vllner Kürze.

Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Curtius sind mit ihrer Begleitung am Sonntag vormittag von ihrer Romreise nach Berlin zurückgekehrt. Der jahreslangjährige Reichskanzler kam um 7.41 Uhr mit 16 Minuten Verspätung auf dem Anhalter Bahnhof an.

Im Norden Berlins sind bei Straßenkämpfen in der vergangenen Nacht zwei Polizeihauptleute getötet worden.

In Koblenz fand am Samstag und Sonntag die Bundesverfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt.

In der Nacht zum Sonntag ist in Köln der Reichstagsführer des Reiches Adolf Hitler erschossen worden. Der Täter ist bereits verhaftet.

Die ein englisches sozialistisches Blatt meldet, daß sich Macdonald und Stalin in ihren letzten Unterredungen darüber einig gewesen seien, die Nationen der Welt die Last der Kriegsschuld nicht mehr weiter iragen können. Sie würden die Vor- und Nachteile eines Vorschlages erörtern, die Kriegsschuldenzahlungen um 50% zu herabzusetzen. Beide hätten dabei klar zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht im Namen ihrer Regierungen sprächen, sondern lediglich ihre eigenen persönlichen Ansichten zum Ausdruck brächten.

In der Sonntagsausgabe des Sachverständigenrats für den W. V. V. in Basel erlittete Dr. Meißner einen längeren Bericht über die finanzielle Lage und Wirtschaftslage.

Das amerikanische Schaham wird voraussichtlich die Auszahlung von 2 Millionen Dollar zur Befriedigung deutscher Schadenersatzansprüche für während des Krieges beschlagnahmtes deutsches Eigentum bereits am Montag vornehmen. Der Restbetrag von 18 Millionen Dollar dürfte im Laufe der Woche bezahlt werden, falls Schiedsrichter Nemid die entsprechende Genehmigung erteilt.

Der „Do X“ ist gewonnen worden, wegen Wahrscheinlichkeit den Weltkrieg nach Nordamerika einzuwickeln aufzuschieben. Das Flugzeug ist am Samstag in den letzten Wendepunkt in Para (Nordbrasilien) eingetroffen.

In dem großen Eisenbahntunnel in Stockholm fiel am Sonntag mittag der nach Malmö gehende Schwelzug mit einem Lokomotivzug zusammen. Eine der Lokomotiven wurde schwer beschädigt. Infolge des Anpralls zerrissen die Schienen. Unter den Fahrgästen entluden sich Panik. Hilfsmannschaften rückten sofort an. Glücklicherweise sind nur vier Personen verletzt worden. Ein Deutscher befindet sich nicht unter den Verletzten.

Häheres siehe unten.

Schwere Bergwerksunfälle.

in Köln, 9. Aug.

Auf den Kobbergruben bei Hermühlheim ereignete sich am Sonntag kurz nach 6 Uhr eine Kohlenstaubexplosion. Nach den bisherigen Feststellungen sind zwei Tote zu beklagen. Drei Verletzte wurden schwer und zwei leicht verletzt.

Die Explosion ereignete sich in der Kohlenstaubabfuhranlage und war so heftig, daß fast sämtliche Fensterscheiben im Tagewerk zersplitterten. Der größte Teil der Maschinen in der Entstaubungsanlage ist durch die Explosion zerstört. Die Ursache bedarf noch der Klärung. Die Bergbehörde hat eine Untersuchung eingeleitet.

Ein weiteres schweres Unglück ereignete sich auf den Kobbergruben, Abteilung Brühl, ebenfalls in der Nacht zum Sonntag. Hier stießen zwei Grubenlokomotiven in voller Fahrt aufeinander. Eine der Lokomotiven fuhrzeigte um, wobei durch den ausströmenden Dampf der Feizer und Maschinist so schwer verletzt wurden, daß sie kurz darauf starben. Das Bedienungspersonal der anderen Lokomotive kam mit dem Schrecken davon.

Nur 37 Prozent Ja-Stimmen.

Keine Mehrheit für die Landtagsauflösung.

Der Volksentscheid zur Auflösung des preussischen Landtags hat nicht die zu einem Erfolg erforderliche Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten gefunden. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis wurden insgesamt 9 793 609 Ja-Stimmen abgegeben, es haben also nur rund 37 Prozent der Stimmberechtigten für die Auflösung des preussischen Landtags gestimmt. Mit Nein stimmten 862 885 Stimmberechtigte. Ungültig waren 184 143 Stimmen. Für einen Erfolg des Volksentscheids wären 13 449 500 Ja-Stimmen erforderlich gewesen.

Das Ergebnis der zum Volksentscheid abgegebenen Ja-Stimmen mit rund 9,8 Millionen bleibt hinter dem zur letzten Reichstagswahl für die Parteien, die sich für den Volksentscheid erklärt hatten, weit zurück, da diese am 14. September 1930 in Preußen zusammen rund 12,4 Millionen Stimmen erhalten hatten. Dagegen ist das Ergebnis zum Volksentscheid beträchtlich höher als das zum Volksbegehren, da beim Volksbegehren 5,955 Millionen Stimmen abgegeben worden waren. Die Tatsache, daß die für den Volksentscheid abgegebenen Stimmen so beträchtlich hinter den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl zurückgeblieben sind, ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß die Kommunisten in vielen Teilen Preußens der Parole der Partei nicht gefolgt sind, bzw. im letzten Augenblick abgelenkt haben. So wird aus dem Befinden berichtet, daß in mehreren größeren weltlichen Städten am Vorabend des Volksentscheids kommunistische Geheim-

versammlungen stattfanden, in denen die Parole auf Nichtbeteiligung am Volksentscheid ausgegeben worden sein soll. Wie weit derartige Parolen das Ergebnis beeinflusst haben, ist schwer abzuschätzen. Die Wähler der Parteien der Rechten dürften hingegen, wie das vor allen Dingen aus einer Durchsicht der Ergebnisse der ländlichen Wahlkreise im Osten hervorgeht, weitgehend der ausgegebenen Parole gefolgt sein und mit Ja gestimmt haben.

In Berlin haben von 6 323 000 Stimmberechtigten ca. 2 1/2 Millionen sich an der Abstimmung beteiligt und davon 2 168 000 mit Ja gestimmt. Die Ja-Stimmen betragen also 34,3 Proz. der Stimmberechtigten. Die Abstimmungsergebnisse gerade aus den proletarischen Berliner Bezirken zeigen, daß die Arbeitererschaft auch hier der kommunistischen Parole in geringerem Maße gefolgt ist, als man geglaubt hatte.

Anschlag auf einen D-Zug.

Raffiniertes Sprengstoffattentat. — Glücklicherweise glimpflich abgelaufen

Halle, 10. August.

Auf den D-Zug 48 Frankfurt a. M.—Berlin wurde am Samstag um 21 Uhr 45 Min. in der Nähe von Jüterbog, etwa eine Stunde von Berlin, ein Sprengstoffanschlag verübt. Zwei Meter Schienen wurden aus dem Gleisrücken herausgerissen. Neun Wagen entgleisten. Zwei davon führten den hohen Bahndamm hinab. Glücklicherweise sind keine Todesopfer zu beklagen. Eine Person wurde schwer, zahlreiche andere leicht verletzt.

Die Pressstelle der Reichsbahndirektion Halle gibt über das Attentat folgenden Bericht heraus: „Am 8. August 1931 um 21.45 Uhr ist in Kilometer 60,6 der Strecke Berlin—Halle zwischen Jüterbog und Grüna während der Durchfahrt des D 48 aus der rechten Schiene ein Stück herausgeprengt worden. Infolgedessen sind neun Wagen entgleist und zwei davon den hohen Bahndamm heruntergestürzt. Nach erster Feststellung an der Unfallstelle sind eine Person schwer und 13 Personen leicht verletzt. 15 Minuten nach Eintreffen der Unfallmeldung auf dem Bahnhof Jüterbog trafen die ersten Helfer aus der Stadt mit Automobilen an der Unfallstelle ein. Von den Verletzten wurden vier im Krankenhaus Jüterbog untergebracht. Die übrigen Reisenden wurden mit D 28 nach Berlin weiter befördert. Hier meldeten sich noch 75 Personen als Verletzte. Fünf von ihnen wurden dem Elisabeth-Krankenhaus in Berlin zugeführt.“

Der Anfall der Sprengung ist außer vom Feizer auch von Augenzeugen und anderen Zeugen auf Bahnhof Grüna gehört worden. Die Verbrecher haben an der Unfallstelle eine Schwachstromleitung gelegt, die 200 Meter rückwärts in einem Gebüsch festlich der Bahn endigte. Von hier ist der Anschlag offensichtlich ausgeführt worden. Die Telegraphenleitungen, die links der Bahn liegen, sind durchschnitten. An einer Telegraphenstange neben der Unfallstelle ist eine Nummer des „Angriff“ angeheftet. Sie trägt eine Buchstabenkombi „Atentat 88“.

Der Anschlag der Verbrecher ging noch weiter. Der Zugführer des verunglückten Zuges entdeckte auf den Schienen des Nebengleises zwei eiserne Schwellen, die er mit einem Schaffner

seines Zuges noch rechtzeitig entfernen konnte. Die Reichsbahndirektion Halle hat 1000 RM. Belohnung für Ermittlung der Täter ausgesetzt.“

Die Belohnung für die Ermittlung der Täter ist von Generaldirektor Dorpmüller auf 20 000 RM. erhöht worden. Man nimmt an, daß mehrere Personen an dem Attentat beteiligt waren. Beim Abbruch des Aufwerkes entdeckte man eine Lagerstelle. Die Verbrecher haben hier Zigaretten geraucht und beim Hin- und Hergehen den Grasboden zertraten. Von dem Lager aus konnten sie aber die Stelle, an der die Explosion erfolgte, nicht sehen. Man vermutet, daß die Attentäter einen Signalposten aufgefleckt hatten, der im geeigneten Augenblick ein Zeichen gab, worauf im Lager die Zündung gelöst wurde. Vermutlich handelte es sich um die Explosion direkt unter der Lokomotive erfolgen zu lassen. Der Posten hat offenbar aber das Zeichen um einige Sekunden zu spät gegeben. Die Maschine hatte die Stelle bereits passiert und so explodierte der Sprengkörper unter einer Kupplung.

Die Untersuchung an der Unfallstelle erstreckt sich auch auf die Art des Explosivstoffes, dessen sich die Täter bedient haben. Soweit sich erkennen ließ, mußten sie einen hochbrillanten Stoff zur Verfügung gehabt haben, der fest umhüllt war. Die Explosion erfolgte unter dem sechsten Wagen des Zuges. An dem Schotter ist nur eine ganz geringe Wirkung zu sehen; sie muß sich demnach mehr nach oben und nach den Seiten erstreckt haben.

Die Vermutung, daß das Attentat dem heimkehrenden Reichskanzler und dem Außenminister geollt haben soll, erscheint wenig glaubhaft. Sowohl in den Zeitungen, als auch im Rundfunk war der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden, daß der Reichskanzler und der Außenminister vom Samstag abend um 9.40 Uhr verlassen würden. Sie konnten also unmöglich eine Stunde später schon Jüterbog bezogen. Zudem wurde erreicht haben. Der Materialschaden ist verhältnismäßig gering, was von den Sachverständigen auf die stabile Bauart der Wagen zurückgeführt wird. Die Reichsbahn hat auf allen Strecken verstärkte Streckenbewachung eingerichtet.

Vertagte Abrechnung.

Ein Vertrauensvotum für das Kabinett Braun ist dieses Ergebnis des getrigen Volksentscheides in Preußen nicht. Das beweisen schon die reinen Zahlen. Die hinter der Regierung Braun stehenden Parteien erhielten bei den Wahlen am 14. September vorigen Jahres 8 868 502 Stimmen, denen gestern 9 793 609 Ja-Stimmen für den Volksentscheid gegenüberstanden. Die Opposition gegen die preussische Regierung hat also gestern fast eine Million Stimmen mehr auf sich vereinigt, als die Regierungsparteien insgesamt am 14. September erreichten konnten. Man wird kein Mensch behaupten wollen, daß die drei Parteien, die in Preußen gegenwärtig die Regierung bilden, seit dem Späthjahr des vergangenen Jahres bei einer Landtagswahl irgendwo die Zahl ihrer Anhänger hätten vermehren können, wenn das auch wegen der verfassungsrechtlichen Bestimmungen über den Volksentscheid bei der getrigen Abstimmung nicht zahlenmäßig zum Ausdruck kommen brauchte. Dazu kommt noch, daß, wie vermutet, die Kommunisten in weitem Umfang die Parole ablehnten und daß sich sehr viele Anhänger der Parteien der bürgerlichen Mitte, die an sich zu dem gegenwärtigen preussischen Regierungskurs in Opposition stehen, aus Rücksicht auf unsere finanzielle und außenpolitische Lage, aus Rücksicht vor allem auf etwaige Folgen eines positiven Ausgangs des Volksentscheides auf die Reichspolitik geyern von der Abstimmung ferngehalten haben. Gerade die Letzteren dürften für den Mißerfolg des Volksentscheides ausschlaggebend gewesen sein, und es wird niemanden einfallen, aus der Stimmenthaltung vieler Anhänger der bürgerlichen Mittelparteien, zu der sie sich nach reiflicher Gewissensprüfung entschlossen haben, ein Vertrauensvotum für die preussische Regierung heranzuziehen. Sie hatten einzig und allein den Willen, die Abrechnung mit Herrn Braun und seinen Regierungsmethoden zu vertagen bis zu Zeiten, in denen wir uns den Luxus der Austragung der innerpolitischen Gegensätze besser leisten können als in diesen Zeiten einer alles bedrohenden Krise. Wer aus dem getrigen Abstimmungsergebnis einen Sieg der preussischen Regierungskoalition konstruieren wollte, der würde sich einem Trugschluß hingeben, von dem ihn die Landtagswahlen im kommenden Mai deutlich genug heilen werden. Die Abrechnung mit dem preussischen Regierungssystem ist nicht möglich, sie ist lediglich um einige Monate vertagt.

Wenn der Volksentscheid ohne Erfolg geblieben ist, dann kann die preussische Regierung wahrhaft das geringste Verdienst daran für sich in Anspruch nehmen, denn sie hat wirklich alles getan, die Volksstimmung zu erhitzen und den zur Mäßigung und Zurückhaltung geneigten Staatsbürgern ihre Entscheidung schwer zu machen. Sie hat gerade durch ihren noch nie dagewesenen Druck auf 2500 preussischen Zeitungen deutlich gezeigt, daß sie gewillt ist, alle Mittel einzusetzen, um sich am Ruder zu erhalten.

Ganz bedenklich war, daß man auch diesmal genau wie bei der Hindenburgwahl das Ausland als Richter in dieser innerpolitischen deutschen oder vielmehr preussischen Angelegenheit aufrief. Man hat in der Agitation immer und immer wieder behauptet, daß Deutschland vom Ausland keinen Pennig erhalten würde, wenn der Volksentscheid erfolgreich sein würde, obwohl man gerade nach der Mundfunkrede des Reichskanzlers genau wußte, daß aus verfassungsrechtlichen und finanztechnischen Gründen an eine langfristige Auslandsanleihe im Augenblick — mit oder ohne Erfolg des preussischen Volksentscheides — nicht zu denken sei. Wenn alle diese Behauptungen richtig gewesen wären, dann müßten wir jetzt nach dem Mißerfolg des Volksentscheides eine Kreditbereitschaft und eine Verjüngungsbereitschaft des Auslands erleben, die allen unseren finanziellen und politischen Sorgen und Nöten mit einem Schlag ein Ende macht. Das wird aber selbst der eifrigste Anhänger der Parteien der preussischen Regierungskoalition nicht glauben. Schlagworte also, die es vor dem Volksentscheid zu kennzeichnen galt und die es heute erst recht zu kennzeichnen gilt, wenn man das Volk vor neuen Enttäuschungen bewahren will.

Man arbeitet in der deutschen Politik heute überhaupt viel mehr als es erträglich ist mit Schlagworten. Man hat sich sogar zu der Behauptung vertiegen, daß es bei dieser Volksabstimmung um Krieg und Frieden gehe, obgleich man längst weiß, daß man sich auch im Stahlhelm, der der Vater dieser Aktion war, sich darüber im klaren ist, daß das macht-

lose und entwaffnete Deutschland keinen Krieg führen kann. Wenn man im Ausland, was nicht bestritten werden soll, den Stahlhelm als eine unbedingt kriegerische Organisation betrachtet, so sind daran nicht zuletzt die tödlichen Behauptungen schuld, die von seinen innerpolitischen Gegnern über ihn in die Welt gesetzt worden sind. Wir reden in Deutschland allzu sehr und leider auch allzu gern aneinander vorbei. Und wir können leider nicht glauben, daß der 9. August an diesem Uebel etwas gebejert hat. Wenn er es getan hätte, dann wäre der gestern entfaltete Aufwand nicht umsonst gewesen.

Die Ergebnisse in den Wahlkreisen.

Berlin, 10. Aug.
Eine Uebersicht über die prozentuale Beteiligung der Ja-Stimmen im Verhältnis zu der Zahl der Stimmberechtigten gibt folgende Tabelle:

Wahlkreis	v. H.
1. Ostpreußen	47,12
2. Berlin	30,01
3. Potsdam II	31,78
4. Potsdam I	39,23
5. Frankfurt/Oder	48,46
6. Pommern	59,53
7. Breslau	37,02
8. Liegnitz	44,41
9. Oppeln	32,91
10. Magdeburg	42,53
11. Merseburg	54,21
12. Erfurt	42,11
13. Schleswig-Holstein	47,27
14. Westfalen	35,34
15. Ost-Hannover	49,01
16. Süd-Hannover	35,85
17. Westfalen-Nord	26,83
18. Westfalen-Süd	32,72
19. Rhein-Nassau	32,20
20. Köln-Nachen	16,12
21. Koblenz-Trier	25,42
22. Düsseldorf-Ost	35,85
23. Düsseldorf-West	32,95

Die höchste Beteiligung weisen also Merseburg, Pommern und Ost-Hannover, die niedrigste Köln-Nachen und Koblenz-Trier auf.

Die wenigen Berliner Blätter, die regelmäßig am Montag früh erscheinen oder anlässlich des Volksentscheids Sonderausgaben herausgegeben haben, nehmen zum Ergebnis des Volksentscheids ausführlich Stellung. Die „DZ“ hebt hervor, daß die Volksentscheidsparteien zwar den Sieg nicht errungen hätten, daß aber die in Preußen regierende Weimarer Koalition trotzdem eine schwere Niederlage erlitten habe. Die fast zehn Millionen Stimmen für die Auflösung des Landtages bedeuten ein so starkes Mißtrauensvotum gegen das regierende System in Preußen, daß früher oder später doch die Konsequenzen gezogen werden müßten.

Der „Vorwärts“ steht in dem Ergebnis ein Vertrauensvotum für die preussische Regierung unter Brauns Führung und weist darauf hin, daß besonders die Führung der kommunistischen Partei eine Katastrophe erlitten habe. In Berlin seien 80 v. H. der kommunistischen Wähler der Parole für den Volksentscheid nicht gefolgt. Ähnlich stehe es in ganz Preußen. Die „Montags-Post“ schreibt, das Scheitern des Volksentscheids sei kein Anlaß zum Triumph, nur leise Genugtuung sei am Plage. Denn wie man Mehrheit und Minderheit auch abwägen wollte, ihr Verhältnis zeige immerhin, daß die Flut der Verheerung zurückzuebben bestimme.

Die „Welt am Montag“ sagt, für das republikanische Preußen sei der Ausgang des Volks-

entscheids die Bestätigung für die Richtigkeit seiner politischen Linie. Der „Montag“ beantwortet die Frage, ob die Kommunisten dem Volksentscheid genügt oder geschadet hätten, damit, daß die kommunistische Partei der preussischen Regierung den großen Dienst erwiesen habe, den Volksentscheid zum Scheitern zu bringen. Wo die Kommunisten nicht aufgetreten seien, hätten sich die Parteien rechts vom Zentrum und besonders die nationale Opposition nicht nur gehalten, sondern noch Stimmen dazu gewonnen. Wo die Kommunisten aber in Massen aufgetreten seien, hätten sie die Anhänger der Mitte und auch Anhänger der nationalen Opposition mit der Propaganda des Not-Volksentscheids von der Wahlurne ferngehalten.

Verfassungsfeier des Reichsbanners.

Zusammenstöße in Koblenz.

TU, Koblenz, 10. Aug.
Aus Anlaß der Bundesverfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold fand am Samstag ein Fackelzug zum Deutschen Eck statt, an dem etwa 10 000 Reichsbanner-

leute teilnahmen. Der Denkmalvorplatz war von einer großen Menschenmenge umfüllt. Gauleiter Petersdorf hielt die Begrüßungsansprache. Darauf sprach Staatsminister Dr. Dietrich. Eine Aufsahrt der Arbeiterwohlfahrtvereine, sowie eine Beleuchtung der Feste Ehrenbreitstein schloffen den Abend.

Am Sonntag um 11 Uhr fand in der Stadthalle die Verfassungsfeier des Reichsbanners statt. Staatsminister Seewering wies in seiner Ansprache u. a. darauf hin, daß bei der tiefen Not, die über Deutschland lastet, keine Zeit sei, Feste mit großem Gepränge zu feiern. Das Fest zu Ehren der Verfassung habe jedoch auch in dieser Zeit seine Rechtfertigung. Kurz nach 12 Uhr begann der Reichsbanneraufmarsch auf dem Clemens-Platz, an dem etwa 15 000 Reichsbannerleute teilnahmen.

Im Zusammenhang mit dem Reichsbanneraufmarsch in Koblenz kam es mehrfach zu Zwischenfällen. An verschiedenen Stellen, an denen schwarz-weiß-rote oder nationalsozialistische Fahnen anlässlich des Volksentscheids aus den Fenstern hingen, kam es zu Schlägereien. Bei einem dieser Zusammenstöße erlitt ein Jungstahlhelfer einen Messerstich in den Rücken. Er trug eine lebens-

gefährliche Lungenverletzung davon. In der Galtor-Strasse, die bei den letzten kommunistischen Krawallen eine besondere Rolle gespielt hatte, versuchten Reichsbannerleute Sowjetfahnen von den Fenstern zu reißen. Auch hier entstanden Schlägereien. Am Plan vertrieben unbekannte Täter einen Reichsbanneraufmarsch mit Benzol zu übergießen und dann anzuzünden.

Zusammenstöße in Altona.

5 Verletzte.

TU, Altona, 10. August
Die Polizeipreffe teilt mit: In Altona entstand am Sonntag nachmittag in der Straße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten eine Schlägerei, wobei auch Schäfte zu Fall kamen. Zwei Polizeibeamte wurden so bedrängt, daß sie von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Der eine Beamte wurde dabei zwei Stechverletzungen im Arm verletzt. Der andere erlitt zwei Verletzungen. Drei Zivilpersonen wurden ebenfalls verletzt und mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Eine von ihnen, ein Arbeiter, erhielt einen Bedenklichen Verletzung war so schwer, daß er sofort operiert werden mußte, da Lebensgefahr bestand. Ein größeres Polizeiaufgebot faherte die umliegenden Straßen und nahm 20 Verhaftungen vor.

B. J. Z. Ausschuss tagt.

© Basel, 10. August

Der von der Londoner Konferenz ernannte zehnjedrige Sachverständigenausschuss, der die Kreditbedürfnisse Deutschlands prüfen und die Möglichkeit der Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Kredite untersuchen soll, ist am Samstag nachmittag 4 Uhr am Sise der B. J. Z. zusammengetreten, nachdem die verschiedenen ausländischen Vertreter am Freitag und Samstag in Basel eingetroffen sind.

Die Besprechungen nahmen etwa 3 1/2 Stunden in Anspruch. Zum Präsidenten wurde der Amerikaner H. Wiggan, der Präsident der Chase National Bank in New York, gewählt.

Die Sitzung des Sachverständigenausschusses der B. J. Z. am Sonntag vormittag begann mit einem zweifündigen Vortrag Dr. Melchior's über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage. Er wurde dabei von den vom Sachverständigenausschuss entsandten Herren vom Reichsbankdirektorium unterstützt. Dr. Melchior legte dar, daß die Kreditbedürfnisse Deutschlands durch die riesigen Kreditbedürfnisse der Industrie usw. gesteigert seien. Durch gewaltige eigene Anstrengungen dürfe das Mittel der Diskontenerhöhung sowie der Zinsen- und Devisennotordnungen, durch die Zinsentstellungen der deutschen Industrie usw. gesteigert werden, soweit das nur möglich sei. Vorbedingung sei jedoch, daß das Ausland, wie dies die Londoner Konferenz ausgesprochen habe, seine Kredite auf längere Zeit in Deutschland belasse und um das allmähliche Eingangskommen des deutschen Geldmarktes zu unterstützen und eine gewisse Stabilität zu bewahren, der deutschen Wirtschaft weitere Kredite zur Verfügung stelle. Voraussetzung sei natürlich, daß Deutschland von den Reparationsleistungen entbunden bleibe. Dr. Melchior schloß mit Dankesworten für das bereits anliegende monatliche Verlängerung des 100-Millionen-Dollarkredites. Am Montag vormittag wird Dr. Melchior seine Ausführungen fortsetzen und dabei auf die einzelnen Punkte näher eingehen.

Der Bericht Melchior's wird den Delegierten am Montag vormittag um 9 Uhr bereits in drei Sprachen vorliegen.

Nach Melchior gab Sir Lantton eine Uebersicht über die verschiedenen Kategorien der kurzfristigen Kredite.

Straßenkämpfe in Berlin.

Zwei Polizeihauptleute getötet, zwei Oberwachmeister schwer verletzt.

© Berlin, 10. August.

Am Sonntag abend gegen 21 Uhr ereigneten sich auf dem Bülow-Platz schwere und blutige Zusammenstöße zwischen der Polizei und Kommunisten. Die Polizeibeamten wurden plötzlich wie auf Kommando aus zahlreichen Häusern und von der Straße bestialisch beschossen. Dabei wurden zwei Polizeihauptleute, Anlauf und Vink, getötet und der Oberwachmeister Wiska am Arm schwer verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer, so daß auch mehrere Kommunisten getötet bzw. verletzt sein sollen.

Die Polizei ging energisch gegen die Kommunisten vor und hat eine planmäßige Säuberungsaktion der einzelnen Häuser vorgenommen. Dabei wurde ein weiterer Polizeiwachmeister durch einen Bauchschuß schwer verletzt.

Die Schießereien zogen sich auch über die Prenzlauer Allee bis zur Dübener-Strasse hin. Schnellwagen mit Schupobeamten besetzt, durchsuchten die Straßenzüge. Scheinwerfer blühten auf und leuchteten die Häuserfronten und Dächer nach den verstreuten kommunistischen Mordschützen ab, dauernd ertönten die Rufe der Schupolizeibeamten: „Fenster zu, es wird geschossen!“ Das ganze Stadtviertel vom Alexanderplatz bis hinauf zur Danziger Straße gleich einem Heerlager. In den Straßenecken, in den Vorhöfen standen die Polizeibeamten mit schubfertigem Karabiner. Alle Straßenzüge wurden abgeriegelt. In der Kaiser-Wilhelm-Strasse wurden sechs Kommunisten festgenommen.

Seit 11.45 Uhr nachts sind die Unruhen auf dem Bülow-Platz unterdrückt. Die Polizei ist vollständig Herr der Lage. Der Bülow-Platz selbst ist abgeräumt von den zahlreichen Polizeibeamten, völlig verdet. Starke Polizeikräfte und Polizeikraftwagen stehen durch die umliegenden Straßen, die schematisch abgeräumt und mit Scheinwerfern abgeleuchtet werden. Seit 12 Uhr nachts wird insbesondere das Karl-Liebknecht-Haus, der Herd der Unruhen, einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Ebenso die Verlags- und Druckerräume der Roten Fahne. Die Polizei hat noch ein viertes Opfer zu verzeichnen. Ein zweiter Hauptwachmeister trug bei den Schieß-

ereien erhebliche Verletzungen davon. Festgenommen wurden bis Mitternacht insgesamt 83 Personen.

Die Zahl der Opfer der Unruhen steht noch nicht fest. Vom Kommando der Schupolizei wird mitgeteilt, daß nach dem bisherigen Ergebnis der Nachfragen in Rettungshäusern und Krankenhäusern in der Nähe des Bülow-Platzes ein Toter und 16 Schwerverletzte auf Seiten der Demonstranten zu verzeichnen sind. Wie groß die Verluste auf Seiten der Kommunisten sind, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Daß sie bei dem Umfang des Feuergefechtes eine Reihe von Toten haben, dürfte außer Zweifel stehen. Sie haben aber wahrscheinlich ihre Toten und Verletzten in der Mehrzahl fortgebracht.

Politischer Mord in Köln.

Geschäftsführer des Stahlhelms erschossen.

TU, Köln, 10. August.

In der Nacht zum Sonntag wurde gegen 2 Uhr früh der Geschäftsführer des Kreises Köln des Stahlhelms, Albert Heiter, erschossen. Heiter hatte an einer Werbeveranstaltung für den Volksentscheid teilgenommen und befand sich vor seiner Wohnung. Er hatte bereits die Haustür aufgeschloßen und war in den Gang trat, als ihn von außen her durch die Haustür ein Schuß ins Herz traf und sofort tötete.

Die Ermittlungen der politischen Polizei und der Mordkommission nach dem Mörder haben zu einem vollen Erfolge geführt. Der Täter ist bereits verhaftet, leidet aber noch. Das Vernehmungsprotokoll ist jedoch so umfangreich und erdrückend, daß man den Verhafteten unbedingt als überführt betrachten kann. Außerdem sind im Zusammenhang mit der Mordtat eine Anzahl weiterer Personen verhaftet worden. Im Interesse der Untersuchung gibt die Polizei im Augenblick Einzelheiten über das Ergebnis ihrer Ermittlungen noch nicht bekannt, namentlich wird auch die Person des Täters und ihre Zugehörigkeit zu irgend einer Partei noch nicht bekannt gegeben, um jeglicher Verdunkelungsgefahr vorzubeugen.

Deutsche Not vor 100 Jahren.

Von
Dr. Adolf Schwarz.

Inmitten der Sorge unserer Tage dürfte es, wenn schon kein Trost, so doch von Interesse sein, die Wäde einmal ein Jahrhundert zurückzulenken. Längst sind die Kosten der Befreiungskriege, die man damals nicht so rücksichtslos dem besiegten Gegner auferlegt hatte wie in unseren Tagen, neben vielen anderen Noten noch immer auf der Bevölkerung, so kam 1831 eine neue Welterwölke im Osten auf, die asiatische Cholera. Im Jahre 1817 war sie zum ersten Male außerhalb Indiens festgestellt worden. 1830 kam sie zu einem siebenjährigen verheerenden Besuch nach Europa. Ueber Rußland suchte sie zunächst Ungarn, die Walachei, Mähren und Oesterreich, dann England, Frankreich, Belgien und Holland, das Rheinland und schließlich Standimantien heim.

Genau vor 100 Jahren, in den Spätsommermonaten des Jahres 1831, wütete sie vor allem in Danzig, das erst zwei Jahre zuvor durch eine Ueberchwemmungskatastrophe hart mitgenommen war. In dem amtlichen Aufruf zur Milderung wird damals die Not Danzigs eindrucksvoll geschildert. In vielen Familien seien beide Eltern von der Cholera dahingerafft worden und die hilflosen verwaisen Kinder müsse man absperrn wegen der Ansteckungsgefahr. Familien, die nichts als ein Bett besäßen, habe man auch dieses noch nehmen und verbrennen müssen, weil ein Kranker darauf gelegen habe. Handel und Gewerbe lägen darnieder, gänzliche Verelendung bedrohe alle Bewohner, die Zahl der wegen Absperrung zu Unterstehenden wachse täglich.

Vergleichen suchte man der unheimlichen Seuche Herr zu werden. Die völlige Absperrung Danzigs und eine strenge Ueberwachung des Verkehrs in Westpreußen, Posen und Schlesien, wo jeder Reisende täglich seine Legitimationskarte bei den Poststationen und in den Herbergen vorweisen lassen mußte, half nichts. Man dehnte diese Maßnahmen bis nach Mitteldeutschland aus, doch die Cholera kam über die Oder. An der Elbe sollte sie unbedingt auf-

gehalten werden. Von dem mit nachrücklichen Schutzbeschießen ausgestatteten Militär wurde zunächst ein Beobachtungs- und dann ein Sperrkordon gebildet, wobei am ganzen Fluße im preussischen Gebiet nur die Brücken bei Torgau, Wittenberg und Magdeburg, sowie die Fähren bei Sandau und Wittenberg dem Verkehr offenstanden. Sogar der Uferverkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen usw. durfte nur an diesen Stellen den Fluß überschreiten, und wo im übrigen Gebiet Messen und Märkte stattfanden, wurden diese entweder von vornherein verboten oder bestimmte Anmarschstraßen festgelegt, an denen genaue Gesundheitsprüfungen stattfanden. Doch auch diese Durchsetzung des Verkehrs hatte nicht den gewünschten Erfolg.

Festig ist der Streit in jenen Tagen, wie man der Cholera beikommen könnte. Lobend wird ein „Wühler Jude“ erwähnt, der mit seiner Handlungsart von 240 Kranken 28 gerettet habe und die beiden anderen seien nur gestorben, weil sie keine Anordnungen nicht befolgten. Fast kindlich muten uns heute die Mittel an, die man damals zum Schutz der schweren Epidemie anbot: „Gesundheits- oder verbessertes Wickpapier“, das in der gleichen Anzeige auch gegen Zahnschmerzen empfohlen wird, dann Dampfzäber, Kaltwasserfuren, Räucherapparate mit Essig und Chlor usw.

Das Schrifttum bemächtigte sich des Themas in ausgedehntem Maße und neben den ärztlichen Bemühungen finden sich sogar Satiriker, wie z. B. ein gewisser Fürstentum, der in Breslau in mehr als 20 Auflagen humoristisch-didaktische Gedichte „Das Lied von der Cholera morbus“ nach Schillers Lied von der Glocke und „Feierlicher Abschied von der Cholera morbus“ herausbringt, während ein anderer aus der Not ein Geschäft macht mit einer „oft gewünschten Schrift“, in der er, aus den Zusammenhängen der neuesten Zeitereignisse auf das Anschaulichste nachweisen will, daß die Cholera von den Jesuiten nach Europa gebracht und von denselben zu ihren politischen Zwecken benutzt wird. Doch auch die Lebensversicherungs-gesellschaften, die in jenen Jahren zuerst gegründet wurden, suchten in diesem großen Sterben eifrig nach Versicherungsabfchlüssen. Man sieht, auch das Jahr 1831 war wenig sorgenfrei.

Höflinge unter sich.

Interessante Streiflichter auf die am Berliner Hofe zur Zeit Wilhelms II. bestehende Hofkamarilla werfen Auschnitte aus einem Briefwechsel des intimen Kaiserfreundes Philipp v. Eulenburg mit dem Fürsten Bülow, dessen Beziehung zum Reichszkanzler damals in Aussicht stand und der es sich in seinem Ehrgeiz sehr angelegen sein ließ, sich dem Kaiser angenehm und unentbehrlich zu machen.

Philipp von Eulenburg schreibt u. a. an seinen damaligen Freund, den Fürsten Bülow über die Taktik, die Bülow dem Kaiser gegenüber zur Anwendung bringen soll:

„Wenn du etwas erreichen, wenn du dem Lande nützen und helfen willst, so muß dich der Kaiser lieb gewinnen. Du bist ein Seelenfänger, ein großer Charmeur, du hast in deinem Leben viele Menschen bezaubert, jetzt tragst, den Kaiser zu bezaubern. Pro Parva esto! Du kannst dem Kaiser, wo es nötig ist, sehr wohl widersprechen, aber widersprich ihm nur unter vier Augen und ärgere ihn nicht unnötig in Kleinigkeiten. Wenn der Kaiser nicht den Eindruck hat, daß du ihn gern hast, daß du ihn liebst, bewunderst, so ist nichts mit ihm zu machen. Du warst Gulas, du bist ein guter Reiter, der Kaiser ist ein Pferd, das nur geht, wenn es mit leichtem Hand geführt wird, wenn es wohl den Schenkeldrück fühlt, aber nicht ins Maul gerissen wird und nicht zu oft den Sporn bekommt, wenn es vor allem bisweilen, sogar recht oft, ein Stück Zucker bekommt. Vergiß nicht den Zucker, ohne Zucker ist dieser Gaul über kein Hindernis zu bringen, nicht am Ausbrechen zu verhindern, überhaupt nicht zu reiten.“

Schlaglichtartig beleuchtet ist die Unaufrichtigkeit des Fürsten Bülow, die in seinen Memoiren, in denen er Wilhelm II. in noch nicht dagewesenem Ausmaß aus egoistischen Motiven bloßstellt, besonders stark zum Ausdruck kommt. Der nachfolgende Auschnitt ist einem Familienschrift entnommen, der dem Buche „Front wider Bülow“ beigegeben ist. Bülow schrieb seinem Freunde Eulenburg über den Kaiser folgendes:

„Ich hänge mein Herz immer mehr an den Kaiser, er ist so bedeutend! Er ist mit dem Großen König und dem Großen Kurfürsten weit voraus der bedeutendste Hohenoller, der je gelebt hat. Er verbindet in einer Weise, wie es nie gesehen habe, Genialität, die aus dem ursprünglichsten Genialität, mit dem klaren Verstand. Er besitzt eine Phantasie, die man von jenem. Er besitzt eine Phantasie, die man mit Ueberschwingen über alle Kleinigkeiten emporhebt, und dabei den nüchternsten Blick für die Möglichkeit und Erreichbare. Und dabei welche Tatkraft! Welches Gedächtnis! Welche Schärfe! Scharf und Sicherheit der Auffassung! Und Gott erhalte uns den großen Monarchen und edelsten Menschen!“

Einem anderen Briefe des Fürsten Bülow an Eulenburg sind folgende Worte entnommen: „Wir können nicht dankbar genug sein, daß wir einen solchen Herrn haben, der mich immer an die heldenhafte Salier- und Hohenollerzeit, an unsern Mittelalters gemahnt. Er ist aus dem Holz gemacht, aus dem unter Derrschern die großen, die sehr großen Herrscher hervorgehen.“

Aus „Front wider Bülow“ von dem Herausgeber der großen politischen Attentatsverurteilung des Ausm. Amtes 1871-1914. Dr. Fritz Thimme (Verlag F. Brudmann AG., Stuttgart).

Kundfunkhörer.

Tag und Nacht klingelt im Funkhaus die Telefon: die geschäftigen Hörer äußern sich beständig oder abfällig zu den Darbietungen des Sendeprogrammes. Besonders haben es es mit der klassischen Musik.

„Was, Frühkonzert? Und dann Kleine Kammermusik? Ihr seid wohl da noch nicht wach.“
Oder: „Dah! Ihr denn nichts Vernünftiges zu spielen? Immer Opus! Wenn ich doch hören, stell ich schon ab!“

Oder: „Heute ist bei Euch wieder alles durcheinander. Dargestellt von Haydn steht im Programm, und spielen tun sie: „Deutschland über alles!“ Man gibt nur ein Wort, daß diese Melodie in Handys Quartett vorkomme. Darauf die Stimme des Sprechers: „Ach, ihr Juden habt für alles ne Ausrede.“ (Weißbühnen)

